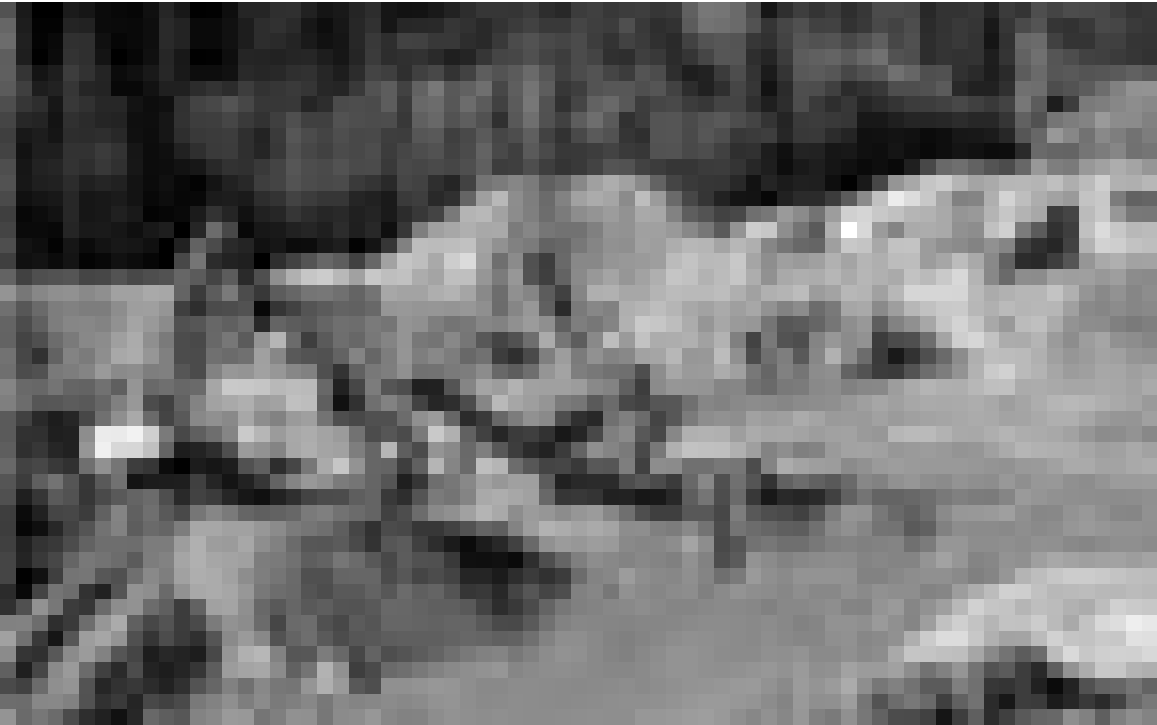


BAUSCHUTT

Gleichberechtigte Partner?



Mangelnde Mitbestimmung der Kommunen und eine zu kurze Einspruchsfrist: So lauten die Kritikpunkte am neuen "Plan directeur sectoriel" für Bauschuttdeponien.

Jean-Marie Halsdorf hat den Gemeinden in Sachen Bauschutt Gleichberechtigung zugesagt. Doch es werden Zweifel an den Versprechungen des Innenministers laut.

Jedes Jahr fallen in Luxemburg zehn Millionen Tonnen Bauschutt an. Seit Jahren gibt es aber auch einen chronischen Mangel an Bauschuttdeponien. Der "Plan directeur sectoriel" für Bauschutt soll hier Abhilfe schaffen und eine kohärente und regionale Verteilung der Bauschuttdeponien in Luxemburg gewährleisten. Dies versprach Innenminister Jean-Marie Halsdorf am 16. November in einer Erklärung in der Abgeordnetenversammlung, die er auch im Namen des Umweltministers abgab.

Nur neun Gemeinden haben ein negatives Gutachten zum Leitplan für Bauschuttdeponien abgegeben, darunter hauptsächlich Kommunen aus dem Osten des Landes: Mompach, Rosport, Waldbillig, Strassen, Consdorf, Colmar-Berg, Beaufort, Berdorf und Bech.

Mehr Transparenz

Die Beziehungen zwischen Staat und Gemeinden standen zwar nicht im Mittelpunkt der Diskussion, spielten aber mit Sicherheit eine nicht unerhebliche Rolle. Daran dachte wahrscheinlich auch der grüne Abgeordnete und Bürgermeister von Beckerich, Camille Gira, der als einziges Chamber-Mitglied umgehend auf die Erklärung von Innenminister Halsdorf reagierte und meinte, damit sei ein explosives Thema auf dem Tisch.

"Bislang gab es keine Methode, um die Standorte auszusuchen", hatte Halsdorf zuvor einräumen müssen. "Mit dem Leitplan werden hingegen wirksame und transparente Prozeduren für die Auswahl neuer Bauschuttdeponien geschaffen", versicherte der Innenminister. "Mit dem Plan entsteht mehr Transparenz, mit klar festgelegten Regeln, die eingehalten werden müssen. Dadurch wird der Willkür ein Riegel vorgeschoben. Vorher standen die Gemeinden vor vollendeten Tatsachen", sagte Camille Gira gegenüber der woxx.

Nachdem der Regierungsrat bereits am 5. Dezember 2003 einer ersten Fassung des Leitplans für Bauschuttdeponien seine Zustimmung gegeben hatte, wurden auch die Gemeinden um ihre Mei-

nung gefragt. Mangelnde Mitbestimmung der Kommunen bei der Standortsuche und eine zu kurze Reaktionsfrist, lauteten damals die wichtigsten Kritikpunkte. So bemängelte etwa der Gemeinderat von Sanem in der Sitzung vom 12. Juni 2004, dass die Beteiligung der Gemeinden an der Arbeit der so genannten "commission de suivi", die künftig die Standorte auswählen soll, nur beratenden Charakter habe. Von einer wirklichen Mitbestimmung könne keine Rede sein.

Die Frist von drei Monaten, die den Gemeinden im Leitplan zugestanden wird, um auf die Vorschläge der staatlichen Instanzen zu reagieren, sei zu kurz. Sechs Monate seien eher angemessen, so der Gemeinderat von Sanem. Dieser und ähnlicher Kritik sei in der endgültigen Fassung des Leitplans, die der Regierungsrat am 10. Juni 2005 annahm, teilweise Rechnung getragen worden, behauptete Halsdorf letzte Woche im Parlament. Die Frist von 3 Monaten bezeichnete er aber als "völlig ausreichend". Künftig sollen die Gemeinden jedoch bei der Standortbestimmung als "gleichberechtigte Partner" behandelt werden, indem sie über das Gemeindesyndikat Syvicol in der "commission de suivi" vertreten sind.

Die Botschaft hör' ich wohl, ...

... nur der rechte Glaube fehlt mir". Dieser Spruch trifft wohl auch auf manche Lokalpolitiker zu, was die von Halsdorf angekündigte Gleichberechtigung der Gemeinden anbelangt. "Im Prinzip ist das eine gute Sache, nur müsste dann auch in der Praxis der Informationsfluss der staatlichen Instanzen, wie zum Beispiel der Umweltverwaltung, in Richtung Gemeinden erheblich verbessert werden", meint Gilbert Schmit, Bürgermeister von Consdorf. Die Ostgemeinde hatte sich bereits in der Vergangenheit gegen eine Deponie gewehrt und dabei gerichtliche Schritte eingeleitet. Sie hatte negative Auswirkungen auf die Qualität des Grundwassers befürchtet. Außerdem entspreche die geplante De-

ponie nicht den Vorgaben des allgemeinen Bebauungsplans der Gemeinde.

In den Augen des Direktors der Umweltverwaltung, Robert Schmit, löst der Leitplan dieses Problem, da er dem Bauplan der einzelnen Gemeinden quasi übergeordnet ist. Die Kritik, dass die Umweltverwaltung die Gemeindeverantwortlichen nicht rechtzeitig in die Planung einbezogen habe, lässt er nicht gelten.

Roby Biwer, Bürgermeister der Gemeinde Bettemburg, geht es vor allem darum, dass die Gemeinden "möglichst früh" informiert werden. In seiner Gemeinde, genauer auf dem Standort Autobahnkreuz Düdelingen-Bettemburg, ist eine weitere Bauschuttdeponie geplant. Die Gemeinden als gleichberechtigte Partner zu behandeln, klingt gut", meint auch Biwer. "Aber mir ist unklar, worauf der Minister diese Gleichberechtigung bezieht: auf die Verwaltung der Deponie oder auf deren Finanzierung".

Harte Worte gibt es vom frischgebackenen Bürgermeister der Gemeinde Monnerich, Dan Kersch. "Mit dem Leitplan sollen die Gemeinden unter Druck gesetzt werden, sonst könnte die Regierung doch den Kommunen selbst überlassen, ob und wo sie eine Deponie haben möchten". Prinzipiell sei der neue Gemeinderat aber nicht gegen den Leitplan, und auch die geplante Deponie könnte demnächst in Monnerich verwirklicht werden. Diesbezüglich soll es noch Gespräche mit dem Grundstückseigner Arcelor, sowie dem Umwelt-, Innen- und Bautenministerium geben.

Entsorgung statt Vermeidung

Prinzipielle Kritik am Leitplan für Bauschuttdeponien gibt es aber auch dessen Zielsetzungen betreffend. Der Vorwurf, dass nirgendwo von der Vermeidung und der Wiederverwertung von Abfällen die Rede sei, lässt Jean-Marie Halsdorf jedoch kalt. "Der Plan sectoriel befasst sich mit Deponien und hat nichts mit Prävention zu tun". Dem pflichtet Camille Gira bei: "Der Plan ist nicht dazu da, um Abfallpolitik zu machen. Die Abfallvermeidung sollte eine Ebene höher stattfinden und dazu ist der nationale Abfallplan von 1994 besser geeignet".

Ein Problem bleiben für Gira hingegen die unterschiedlichen Preise der Deponien. "Hier hätten sich die Grünen mehr staatlichen Dirigismus gewünscht. Es müsste eine maximale Preisspanne eingeführt werden und die Betriebe müssten ihre Preisberechnungen vorlegen. Zur Zeit ist es nämlich so, dass die Betriebe davon profitieren, wenn eine Gemeinde einen Engpass hat und dann schamlos auf den Preis draufschlagen".

Eine maximale Preisspanne hatte auch der Gemeinderat in Sanem letztes Jahr vorgeschlagen und sich darüber hinaus für Qualitätsstandards für Bauschuttdeponien stark gemacht. Jean-Marie Halsdorf will jedoch die Preisgestaltung der Deponiebetreiber nicht antasten und den Markt spielen lassen. "Die Bauschuttdeponien werden von privaten Unternehmen geführt und daher gibt es auch unterschiedliche Preise", so die lapidare Aussage des Innenministers in der Abgeordnetenversammlung.

Steve Staudt

Stromliberalisierung, Stromverteuerung

Der Strom wird billiger werden, so ein Argument der BefürworterInnen des EU-weiten offenen Strommarkts. Das Gegenteil ist in Luxemburg der Fall, zumindest für Kleinverbraucher. Die jüngste Reform des Kompensationsfonds, aus dem die alternative Stromerzeugung bezuschusst wird, geht in die gleiche Richtung. Während die Abgabe pro Kilowattstunde für Kleinverbraucher von 0,82 auf 1,26 Cent steigt, gewährt der Staat den größten Stromfressern einen Freundschaftspreis von 0,075 Cent - mit der Auflage, Stromsparmaßnahmen durchzuführen. In einem Kommuniqué begrüßt Déi Gréng, dass Großkunden überhaupt in den Fonds einzahlen müssen, was bisher nicht der Fall war. Allerdings entspreche die Reform "weder dem Solidaritätsprinzip, noch dem Verursacherprinzip oder einer modernen zielorientierten Energiepolitik". Dagegen stellt die grüne Partei das Prinzip der Liberalisierung nicht in Frage, obwohl die industriefreundliche Strompolitik eine direkte Folge davon ist. Erklärtes Hauptziel der EU-Stromliberalisierung war es, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu stärken. Dass dies auf Kosten der Kleinverbraucher und der Umwelt geht, ist eigentlich nicht verwunderlich.

Bolkestein plus vivant que jamais

Jacques Chirac et Gerhard Schröder en avaient promis le retrait complet. Jean-Claude Juncker voulait même la jeter à la poubelle. Entre-temps, Schröder n'est plus au pouvoir et Chirac est sur le déclin. Quant à l'influence de Juncker, elle correspond à la taille de son pays. Mais ce mardi 22 novembre, la directive Bolkestein a remporté une première bataille au sein de la commission du marché intérieur et de la protection des consommateurs du parlement européen (voir aussi woxx 824). Une alliance entre députés du PPE (conservateurs), ALDE (libéraux) et UEN (extrême-droite) a adopté une version très libérale de la directive sur les services, dénommée d'après Frits Bolkestein, l'ancien commissaire européen en charge de ce dossier. La droite européenne n'y est pas allé de main morte: elle n'a accepté quasiment aucun des compromis proposés par les députés socialistes. Au final, si le principe de la territorialité du droit du travail a pu être sauvé, le fameux principe du "pays d'origine" pourrait, d'après le texte en cours, s'appliquer à l'ensemble des domaines à l'exclusion de la santé, des services audiovisuels et des jeux de hasard. Dans un communiqué de presse, la Gauche unitaire européenne appelle l'opinion publique à faire pression afin d'éviter que la directive ne soit approuvée par le parlement européen début 2006.

A droite toute?!

"Non, le woxx n'est pas l'organe des Verts!". Quel woxxie qui se respecte n'a pas encore eu à prononcer cette phrase qui étonne encore? Et de ressasser les convulsions qui ont ébranlé l'hebdomadaire. Tout cela a de quoi déstabiliser le curieux. Pour éviter ce genre de confusion, nous sommes allés jusqu'à rebaptiser le Gréngespon en woxx. Et patatras! A vouloir trop bien faire, nous sommes désormais victimes d'amalgames bien plus gênants. En effet, quel ne fut pas l'étonnement d'un woxxie qui distribuait paisiblement des exemplaires gratuits à la dernière Foire de l'étudiant, lorsqu'il dut convaincre un chaland hexagonal que non, le woxx n'est pas une feuille de chou d'extrême droite? Mais le sceptique était coriace. Désignant de l'index les "x" si caractéristiques de l'intitulé, il lui lança: "On dirait des croix de guerre!". Le woxx décoré pour ses prouesses sur un champ de bataille? "Non, non, au contraire, nous sommes pacifistes, et en plus, nous sommes de gauche, si, si!", fallait-il répéter au sincère militant anti-fasciste, qui emporta finalement un exemplaire. Il n'empêche que cet épisode a durablement marqué les woxxies, qui, afin d'éviter toute dérive droitière, entonnent désormais l'Internationale avant chaque conférence de rédaction.